

Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung

über die Drucksache

21/13897: Bürgerschaftliches Ersuchen vom 14. Dezember 2016: „Hochschulzusammenarbeit zwischen HAW, HCU, TUHH und UHH fördern“ – Drs. 21/6985 (Unterrichtung durch die Präsidentin)

Vorsitz: **Daniel Oetzel**

Schriefführung: **Dr. Sven Tode**

I. Vorbemerkung

Die Drucksache war am 22. August 2018 auf Antrag der SPD-Fraktion und der GRÜNEN Fraktion durch Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft zur Beratung an den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung überwiesen worden. Dieser befasste sich in seiner Sitzung am 13. September 2018 abschließend mit der Drucksache.

II. Beratungsinhalt

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten in die Drucksache und die damit verbundene Umsetzung der Kooperationsplattform für Informatik ein und dankten für die Unterstützung der Informatik an den Hamburger Hochschulen. Sie machten auf das Gutachten des Wissenschaftsrats zum MINT-Bereich der Hamburger Hochschulen als Ausgangspunkt aufmerksam und sprachen von der Erarbeitung und Etablierung eines Konzeptes, welches unter der Marke „ahoi.digital“ etabliert werde. Auf dieser Grundlage sei man mit der Senatskanzlei und der BWVI ins Gespräch gegangen, um eine Strategie zu entwickeln, welche die die Senatsvertreterinnen und -vertreter mit drei Säulen beschrieben: die Forschung, die Lehre und den Bereich Transfer. Man befinde sich nunmehr voll in der Umsetzung und führe Kooperationsgespräche mit „ahoi.digital“-Vertreterinnen und Vertretern sowie mit den Wirtschaftsklustern der Stadt, mit dem DESY und mit AIRBUS. Das Ziel sei es, die Wahrnehmbarkeit des Standortes zu steigern, die Zahl der Professuren zu steigern, die Vernetzung am Standort zu erhöhen und auch die Zahl der Studierenden zu vergrößern. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter machten sodann auf den Umsetzungsstand aufmerksam und sagten, dass seit Juli 2017 zwei neue Professuren besetzt worden seien und zwei weitere Rufe erfolgt wären – zudem würden aktuell vier Ausschreibungen laufen. Unter dem Dach der Helmholtz-Gemeinschaft und DESY sei es gelungen, zusammen mit den Hochschulen eine Antragstellung für ein Data-Science-Center auf den Weg zu bringen. Dieser Antrag sei zwar noch nicht final entschieden worden, es gäbe jedoch Hinweise darauf, dass Hamburg erfolgreich gewesen sei, so die Senatsvertreterinnen und -vertreter weiter. Man werde hierrüber berichten, sobald die entsprechenden Informationen vorliegen – entweder als Protokollerklärung oder im nächsten Ausschuss. Darüber hinaus berichteten sie vom Projekt „MINTFIT“, einem Online-Orientierungstest

und Kurs für die Informatik und teilten mit, dass die Geschäftsstelle von „ahoi.digital“ zum Sommer 2018 besetzt worden sei.

Die SPD-Abgeordneten sprachen von einem guten Überblick und bedankten sich für die Ausführungen. Die Abgeordneten erkundigten sich nach konkreten Beispielen für die Kooperation zwischen den Hochschulen sowie nach der Finanzierung und eventuellen Übertragungen. Sie wollten zudem wissen, ob die Mittel auskömmlich seien oder ob mit Mehrkosten zu rechnen wäre.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sprachen von einer intensiven und wundervollen Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und den sieben Professorinnen und Professoren. Konkret verlaufe dies so, dass man alle vier bis sechs Wochen zusammenkomme und sich austausche. In den ersten Wochen sei es vor allem darum gegangen, das vorliegende Konzeptpapier zu konkretisieren und mit Leben zu füllen, was zum Beispiel die Etablierung des Labels „ahoi.digital“ betreffe. Als Beispiel trugen sie vor, dass die ausgeschriebenen Stellen unter diesem Label ausgebracht worden seien, was in gewisser Hinsicht stilprägend und einmalig sei. Zudem berichteten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dass die Gelder durch die Finanzbehörde freigegeben werden konnten, sodass diese in den Haushalt der BWFG übertragen worden seien.

Die SPD-Abgeordneten haken zum Umfang des bisherigen Mittelabflusses nach und erkundigten sich nach der Auskömmlichkeit der Mittel.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten, der Mittelabfluss belaufe sich bislang auf rund 2,9 Millionen Euro. Damit würden insbesondere die einzelnen Forschungsprojekte als solche finanziert. Des Weiteren habe man eine Geschäftsstelle inklusive Geschäftsführer und Sekretariatsstelle eingerichtet. Nicht zuletzt seien Mittel für das Projekt „MINTFIT“ bereitgestellt worden; genauer, für einen dort angesiedelten wissenschaftlichen Mitarbeiter, der die gesamte Vernetzung vorantreiben solle. Zur Auskömmlichkeit teilten die Senatsvertreterinnen und -vertreter mit, dass die für das Kooperationsprogramm zur Verfügung gestellten Mittel genügten und genügen müssten. Die Hochschulen leisteten einen Beitrag, indem sie die Professuren ausbrächten, also in Form von Personalkosten. Insgesamt bilde das vorliegende Paket eine solide, aber auch ausbaufähige Grundlage.

Die CDU-Abgeordneten schickten sodann voraus, ihrerseits würden Investitionen in die Wissenschaft stets begrüßt. Das gelte vor allem für den Bereich Informatik, wo der Hochschulstandort Hamburg Defizite aufweise. 3,8 Prozent aller Studierenden seien in informatiknahe Studiengänge eingeschrieben. Vermutlich falle die Zahl sogar insofern geringer aus, als schon eine recht weite, auch Medienstudiengänge fassende Definition angesetzt werde. Es überrasche somit nicht, dass ein Unternehmen wie Google von einem Entwicklungszentrum in Hamburg absehe. In der Folge gingen gute Arbeitsplätze in der IT-Branche verloren. Die CDU-Abgeordneten interessierten sich daraufhin im Detail für die Zahl der bereits besetzten „ahoi.digital“-Professuren sowie für die bislang erfolgten Maßnahmen zur Stärkung der Lehre im Bereich Informatik. Diesbezüglich hofften sie auf eine hohe Aktivität, die aber wiederum die Frage nach der Auskömmlichkeit der Mittel und eventueller zukünftiger Aufstockung aufwerfe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter teilten die Sorge angesichts der lediglich 3,8 Prozent Studierenden in informatiknahen Studiengängen. Zur Einordnung der Daten sei jedoch zu erwähnen, dass Hamburg bei jener Erhebung des Stifterverbands zum Teil mit Flächenländern oder von jeher informatiklastigen Standorten wie Saarbrücken verglichen werde. Zudem falle eben gerade im Bereich der Informatik die Abgrenzung schwer, was zu unterschiedlichen Zahlen führe. Orientiert habe man sich letztlich an den Angaben der Hochschulen. Zum Stand der Ausschreibungen verwiesen die Senatsvertreterinnen und -vertreter auf Drs. 21/13490. Bisher seien zwei Rufe erfolgt und zwei Rufe erteilt worden. Acht Ausschreibungen liefen noch. In Sachen Stärkung der Lehre hoben sie das Projekt „MINTFIT“ hervor. Junge Menschen erhielten hier Orientierung zu den Anforderungen eines Informatikstudiums und den von ihnen dafür mitgebrachten Voraussetzungen. Überdies werde – ein weiterer wichtiger Punkt – in Kontakt mit der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) die Entwicklung eines Informatik-Curriculums angestrengt. Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ließe sich die Zeit bis 2020 bestreiten. Danach müsse weitergesehen werden.

Die CDU-Abgeordneten dankten den Senatsvertreterinnen und -vertretern für ihre Ausführungen und fügten an, ihre Berechnungen beruhten auf Zahlen des Senats, nicht des Stifterverbands. Diese Klarstellung sei wichtig, weil es deutlich mache, wo Hamburg wirklich stehe.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte nach, wo die neu eingerichtete Geschäftsstelle angesiedelt sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, die Geschäftsstelle sei an der Universität angesiedelt. Es seien Diskussionen über die Frage geführt worden, ob nicht jeder an seiner Hochschule einen Standort mit einer Geschäftsstellenfunktion haben könne. Letztlich sei im Konsens entschieden worden, dass die Geschäftsstelle an der Universität angesiedelt werde. Sie sei mit einer Geschäftsführer- und einer Sekretariatsstelle besetzt worden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE unterstrich, seine Fraktion begrüße die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Hochschulen. Er fügte hinzu, dies sollte nicht stattfinden, weil Hamburg in der Konkurrenz zu anderen Standorten stehe, sondern weil es in der heutigen Zeit wichtig sei, die Digitalisierung weiterzubringen und verwies auf das Spannungsfeld zwischen reiner Funktionalität und der humanistischen Art und Weise, wie die digitale Forschung und Lehre vorangetrieben werde. Er bat die Senatsvertreterinnen und -vertreter um einer Einschätzung, wie weit bei den Professoren das Bewusstsein sei und ob beispielsweise ein Forschungsschwerpunkt in diese Richtung ziele. Weiter merkte er an, er sei erfreut, dass Google von einem Entwicklungszentrum in Hamburg absehe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verstanden die Frage des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Sinne einer kritischen Begleitung dieses digitalen Prozesses. Sie erklärten, dass es sich um Kerninformatik handele. Die Informatiker hätten keinen unkritischen Blick auf dieses Feld, vielmehr gebe es durchaus auch kritische Töne zur eigenen Profession. Richtig sei jedoch, dass es sich nicht um ein Programm im Sinne einer Professur handele, die den Prozess kritisch begleite. Sie verwiesen auf eine Ethikprofessur an der MINT-Fakultät, die sich auch unmittelbar mit solchen Fragen beschäftige und im Kreis der Professorenschaft bekannt und auch anerkannt sei. Insofern bestehe nicht die Sorge, dass dieser Prozess aus der Hochschulwelt heraus unkritisch begleitet werde, sondern es gebe auch mahnende Töne, die diesen Prozess in der Akzeptanz derjenigen, die dieses Programm durchführten, begleiteten.

III. Ausschussempfehlung

Der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig, die Drs. 21/13897 zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Sven Tode, Berichterstattung